

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder,

vor Ihnen liegt die zehnte Ausgabe unseres kommunalen Newsletters für die Wählergemeinschaften des Landesverbandes der FREIEN WÄHLER Niedersachsen. Wir wollen versuchen, Ihnen in unregelmäßigen Abständen aktuelle Informationen, die für Ihre kommunale Arbeit vor Ort von Bedeutung sein könnten, zukommen zu lassen. Neben Artikeln werden Sie auch Links zu interessanten Seiten finden. Politik lebt vom Mitmachen - deshalb unsere herzliche Bitte an Sie. Geben Sie uns Rückmeldungen und Anregungen, teilen Sie uns mit, was wir besser oder anders machen können. Dafür vorab ein "Dankeschön"! Schreiben Sie einfach an: arno.ulrichs@freiewaehler.eu oder udo.striess-grubert@freiewaehler.eu

Kommunen driften weiter auseinander

Bundesweit setzt sich der Trend zunehmender kommunaler Kassenkredite weiter fort. Dabei verstärkt sich die Kluft zwischen armen und reichen Kommunen zunehmend. Das geht aus dem aktualisierten "Wegweiser Kommune" der Bertelsmann Stiftung hervor. Der bundesweite Finanzüberschuss auf kommunaler Ebene beruhe wesentlich auf den Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg. Sieben der 13 Flächenländer seien dagegen im Minus. Nur in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen erfüllten die Kassenkredite noch ihre eigentliche Aufgabe als Liquiditätspuffer. Im Saarland, in Rheinland-Pfalz, in NRW und in Hessen seien die Volumina dagegen Besorgnis erregend.

Quelle: Der Neue Kämmerer, 28. Mai 2014

Baustellen der Kommunen: Hier die EU, da ein Herz fürs Heimische

Wenn eine Gemeinde viel Geld für eine neue Krippe ausgibt, dann treten heimische Unternehmer in Wettstreit mit Großfirmen. Die Großen kassieren Aufträge und öffentliche Gelder, obwohl sie nicht mal Mindestlöhne zahlen. Die Kleinen, die gemäß Tarif entlohnen, schauen meist in die Röhre

www.merkur-online.de/lokales/bad-toelz/bad-toelz/baustellen-kommunen-hier-herz-fuers-heimische-3602792.html

ADAC-Brückentest 2014: Schwere Mängel bei fast jeder vierten Brücke

Große Bauwerksmängel sowie ein mäßiges Sanierungs- und Verwaltungsmanagement: Deutschlands kommunale Brücken sind überwiegend in einem schlechten Zustand. Zu diesem Ergebnis kommt der ADAC-Brückentest 2014. Dafür wurden 30 Brücken in zehn deutschen Städten getestet, sieben von ihnen fielen glatt durch. Nur vier erreichten ein gutes Urteil, 19 Brücken wurden immerhin mit "ausreichend" bewertet

www.sueddeutsche.de/auto/adac-brueckentest-fast-jede-vierte-bruecke-faellt-durch-1.1982106



Kritik an Scheinkandidaturen bei Kommunalwahlen

Mit Scheinkandidaturen setzten die Parteien bei Kommunalwahlen bewusst auf die Unkenntnis der Bürger, meint der Sprecher des gemeinnützigen Vereins "Mehr Demokratie", Ralf-Uwe Beck. Konkret geht es darum, dass in einigen Fällen Amtsinhaber der Verwaltungsspitze bei der Wahl des Stadt- bzw. Kreistags antreten, obwohl bereits im Vorhinein klar sei, dass sie das Mandat nicht selbst annehmen würden.

www.derneuekaemmerer.de/article/2308/kritik-an-scheinkandidaturen-bei-kommunalwahlen

Wenn Nackte Reden vor dem Spiegel halten

Von wegen Feierabendpolitik: Für viele Kommunalpolitiker ist das Mandat im Gemeinderat und Kreistag längst viel mehr als ein Hobby. Im Wahlkampf geben sie viel Geld für professionelles Coaching aus. Manchmal rät Bernd Richard Hinderer Politikern, sich nackt vor den Spiegel zu stellen und dann eine Rede zu halten. Wer dabei locker und natürlich bleibe, könne auch das Publikum in einem vollen Saal begeistern - selbst angezogen, sagt der 63-Jährige.

www.zak.de/artikel/detailsueberregional/127275/Gomadingen-Wenn-Nackte-Reden-vor-dem-Spiegel-halten#/O

Immer mehr Einbrüche in Deutschland durch professionelle Banden

Die Zahl der Einbrüche ist so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr. Immer mehr professionelle Banden sind unterwegs. Die Polizeigewerkschaft fordert nun ein Zentralregister. Sie hinterlassen oft einen beträchtlichen Schaden und jede Menge verängstigte Menschen. Und doch kommen sie in den meisten Fällen einfach so davo

www.tagesspiegel.de/politik/tatort-wohnung-immer-mehr-einbrueche-in-deutschland-durch-professionelle-banden/9981228.html

Hier könnte auch Ihr Artikel stehen. Selbstverständlich unter Nennung Ihres Namens und der Wählergemeinschaft, sofern Sie es wünschen. **Wir freuen uns auf Ihre Zusendungen! Hier ein Beitrag der FREIEN WÄHLER Ganderkesee:**

FREIE WÄHLER wollen öffentlich zugängliches Internet für alle
Attraktivität und Verweildauer an bestimmten Stellen steigern

Die Nutzung von Smartphones und Tablets spielt im Alltag eine immer größere Rolle. Viele Nutzer wünschen sich die Verfügbarkeit von WLAN-Hotspots, die man kostenfrei an öffentlichen Orten nutzen kann. Sei es zum Prüfen von E-Mails, zum Nachschlagen von Öffnungszeiten von Behörden oder Ärzten oder allgemein zur Nutzung von Online-Angeboten, wie bspw. die Ganderkesee-App.

http://www.fw-ganderkesee.de/presse_detail_ganderkesee/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=228&cHash=0012b0a4f8c57879fbblalc33423



GdP: Organisierte Banden dringen immer stärker ins Private ein

Angesichts des erneuten Anstiegs bei Haus- und Wohnungseinbrüchen sowie Taschendiebstählen warnt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor einer zunehmenden Erosion der inneren Sicherheit in Deutschland. In diesen Deliktfeldern der Eigentumskriminalität weiteten vor allem organisierte Banden ihren Aktionsradius offenbar massiv aus.

www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_Organisierte-Banden-dringen-immer-staerker-ins-Private-ein

In eigener Sache

Wir FREIEN WÄHLER Niedersachsen verstehen uns als die Interessenvertretung der freien und unabhängigen Wählerinitiativen und ihrer zahlreichen Wählerinnen und Wähler. Ihrer Stimme wollen wir in der Landes- und Bundespolitik mehr Gehör verschaffen, damit sie, zum Wohle der Menschen in unserem Land, gleichberechtigt an der demokratischen Willensbildung auf allen Ebenen mitwirken können. Uns leiten keine Parteihierarchie und starren Dogmen. Wir fällen unsere Entscheidungen offen, transparent, sachbezogen, bürgernah und verlässlich.

Wir erfüllen die Voraussetzungen des Parteiengesetzes, um an Landtags- und Bundestagswahlen teilnehmen zu können. Aber Machthunger, Parteihörigkeit und Fraktionszwang sind uns fremd. Wir sehen uns damit als das Korrektiv zu den Parteien, die leider immer häufiger, zum Schaden unserer Demokratie, ihre eigenen Interessen über die der Bürger stellen.

Wir machen uns Sorgen, um die Fortentwicklung der Demokratie, die unzulängliche Beteiligung der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten und um das unter schwierigen Umständen in unseren Gemeinden und Landkreisen Geschaffene. Wir sind der Überzeugung, dass die Erneuerung der Demokratie nicht von den etablierten Parteien zu erwarten ist. Unabhängige Kräfte müssen sich einbringen, um wieder neues Vertrauen zwischen Bürgern und Volksvertretern entstehen zu lassen.

Die FREIE WÄHLER Landesvereinigung wurde im Mai 2010 von kommunalen freien Wählern mit dem Ziel gegründet, sich, sobald eine breite Basis für eine solide sowie zuverlässige Arbeit geschaffen ist, an Wahlen oberhalb der kommunale Ebene zu beteiligen.

FREIE WÄHLER werden überall in den Kommunen und Kreisen für gute und bodenständige Sachpolitik geschätzt. Unsere Landesvereinigung wurde im Mai 2010 gegründet, im Interesse aller Mitbürger sachbezogen und vernünftig die zuverlässige Arbeit der Freien Wähler auf kommunaler Ebene auch in der Landes- und Bundespolitik fortzusetzen.



Kommunen lagern ihre Daten aus

In kleineren Verwaltungen gibt es offenbar einen neuen Trend, die Datenverarbeitung auszulagern. Im Landkreis Oldenburg beispielsweise arbeitet die Gemeinde Dötlingen bereits seit Februar dieses Jahres mit dem Dienstleister Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) zusammen. In Hude und Hatten ist derselbe Schritt zum Jahresende in Vorbereitung.

www.infosilo.info/dekom/09_14/top-news-003.html

Offenbach platziert 140 Millionen Euro Leuchtturm-Schuldscheindarlehen

Die Stadt Offenbach am Main hat sich mit dem bis dato größten Schuldscheindarlehen der kommunalen Geschichte am Kapitalmarkt refinanziert. Bei einer Laufzeit von zehn Jahren wurden 140 Millionen Euro eingeworben; das Darlehen wurde zu 100 Prozent im Versicherungssektor platziert. Damit geht Offenbach als eine der ersten Kommunen den Weg, Kassenkredite in strategisch günstigere, langfristige Schuldscheine umzuwandeln.

www.regiomelder-offenbach.de/detailansicht/news/2014/juni/offenbach-platziert-140-millionen-euro-leuchtturm-schuldscheindarlehen.html

Die Vertretung der Regionen ist politische Begleitung

Der Ausschuss der Regionen vertritt die Interessen der Kommunen. Doch das EU-Organ darf nicht bei Gesetzen mitentscheiden. Wenn es um die politische Vertretung der Regionen, Städte und Gemeinden in Europa geht, hat Gerd Landsberg eine deutliche Meinung: "Die Kommunen in Deutschland sind froh, dass sie mit drei Sitzen im Ausschuss der Regionen vertreten sind."

www.infosilo.info/dekom/09_14/europa-003.html

Auswirkungen von Schuldenbremse, Fiskalpakt und Doppik-Umstellung Kommunale Investitionstätigkeit ausgebremst?

Im Rahmen einer Umfrage wurden mögliche Auswirkungen von Schuldenbremse, Fiskalpakt und Doppik-Umstellung auf den Haushalt und insbesondere die Investitionstätigkeit der Kommunen untersucht. Mehrheitlich erwartet die kommunale Familie einen erheblichen Konsolidierungsdruck vonseiten der Länder im Zuge der Schuldenbremse / des Fiskalpakts. Befürchtet werden Mittelkürzungen sowie weitere Aufgabenübertragungen vom Land. Als Reaktion sind u. a. Einschnitte bei freiwilligen kommunalen Leistungen zu erwarten.

http://newsletter.kfw.de/inxmail2/html_mail.jsp?params=125376+arno.ulrichs%40emden.ihk.de+O+00dkut000000u00000000ddnus72e4f



Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen schrittweise Finanzierung der dritten Kraft in Krippen

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen die von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt in Aussicht gestellte Finanzierung der dritten Kraft in Krippen. Damit werde landeseinheitlich Standard, was einige Kommunen schon auf eigene Kosten vorweggenommen hätten. "Der Bedarf einer dritten Kraft im frühkindlichen Bereich ist unbestritten.", so Geschäftsführer Jan Arning vom Niedersächsischen Städtetag.

www.nsgb.de/magazin/artikel.php?artikel=1705&type=2&menuid=3&topmenu=3

Inklusive Schule: 13 Kläger vor dem Staatsgerichtshof Bückeburg

Wegen des fehlenden Kostenausgleichs bei der Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen werden 13 Städte, Gemeinden und Landkreise vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg Verfassungsbeschwerde einreichen. Dies teilte der Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages, Heiger Scholz, als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens mit.

www.nsgb.de/magazin/artikel.php?artikel=1702&type=2&menuid=3&topmenu=3

Veranstaltungsdokumentation:

"Kommunen der Zukunft" - Dokumentation der Veranstaltung von Bertelsmann Stiftung und komba gewerkschaft

Die Kommunen sind das Rückgrat der Gesellschaft". Ein Bild, das Stabilität und doch gleichzeitig ein Szenario beschwört, was passiert, wenn diese sensible Stelle verletzt würde. Wird diese These auch noch in rund zehn Jahren Gültigkeit haben? Auf einem Symposium in Berlin, das die Bertelsmann-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund unter die Überschrift "Kommunen der Zukunft" gesetzt hatte, ist dieses "Bild" von allen Akteuren variantenreich thematisiert, beschrieben und untermauert worden.

www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_40079_40080_2.pdf

Veranstaltungshinweis:

Interfriesisches Kommunalpolitikertreffen befasst sich mit regenerativen Energien

Erneut lädt der Interfriesische Rat Kommunalpolitiker und Verwaltungsangestellte aus den drei Frieslanden zu einem Treffen ein. Im September findet in Nordfriesland zum fünften Mal nach 2004 das Treffen statt, bei dem es um den Austausch über kommunale und regionale Themen geht. In diesem Jahr lädt die Sektion Nord zum Interfriesischen Kommunalpolitikertreffen ein. Vom 19. bis zum 21. September bieten die Nordfriesen ein vielfältiges Programm, bei dem die Nutzung erneuerbarer Energien einen Schwerpunkt bildet. Neben der Begegnung mit Gemeinde- und Kreisvertretern sind auch Bundes- und Landtagsabgeordnete Gesprächspartner. Vorgesehen sind auch Besuche von kommunalen Einrichtungen sowie von Windparks und Biogasanlagen. Ferner steht eine Halligwanderung auf dem Programm.

www.friesenrat.de/inside/xy/ifr/2014/20140919-21_IFR_kommpolit.pdf